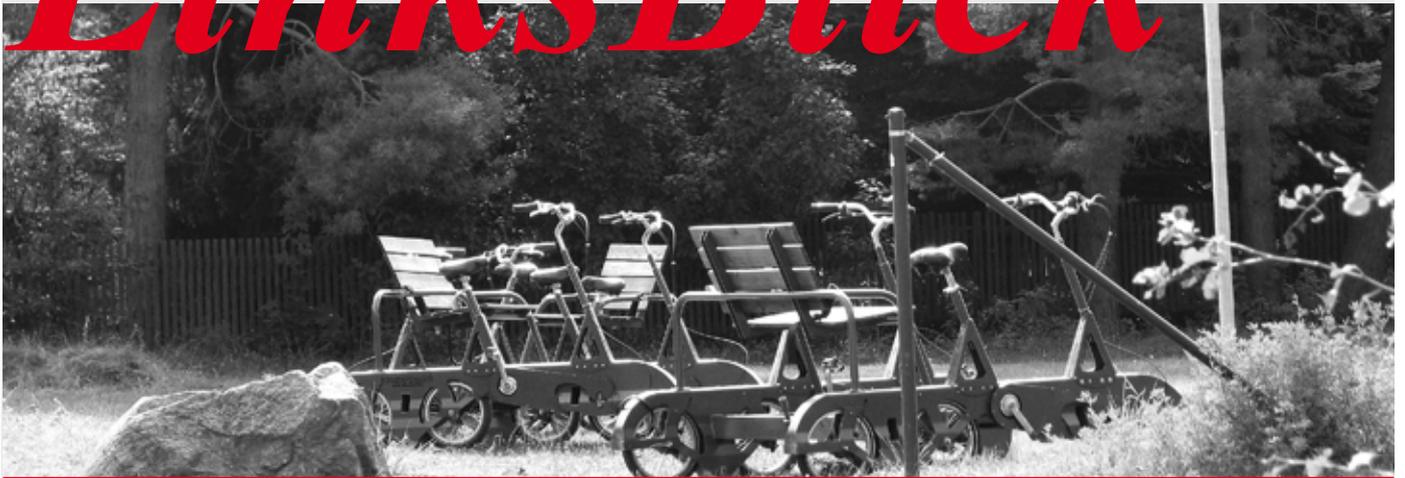


LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

Weiter mit neuer Kraft

Die Basisorganisation DIE LINKE. Zossen hatte sich mit dem Ortsverein der SPD zu einer Listenvereinigung mit dem gemeinsamen Bürgermeisterkandidaten Carsten Preuß geeinigt. Die Kandidatur von Carsten Preuß wurde auch von der Vereinigung Unabhängiger Bürger (VUB) und von Bündnis90/Die Grünen unterstützt.

Es ist uns gelungen, die Wählerinnen und Wähler mit den Schwerpunkten des Wahlprogramms von Carsten Preuß vertraut zu machen. Dies gibt uns die Zuversicht, auch in den folgenden Jahren die kommunalpolitischen Entscheidungen zugunsten unserer Stadt und ihrer Einwohner maßgeblich mitgestalten zu können.

Diese Zuversicht schöpft sich aus den über 45 Prozent der abgegebenen Stimmen, die der Bürgermeisterkandidat Carsten Preuß am Wahltag erhalten hat, aber vor allem auch aus der breiten Unterstützung, die wir von Bürgerinnen und Bürgern in unserem Wahlkampf erfahren haben.

Wir möchten an dieser Stelle nochmals ein großes Dankeschön an die aktiv an unserem Wahlkampf betei-

ligten Genossen, Freunde und Sympathisanten übermitteln, die mit Entschlossenheit und Tatendrang einen intensiven und professionellen Wahlkampf geführt haben.

Jetzt heißt es nach vorn schauen. Wir sind optimistisch, das angestrebte Ziel für ein Miteinander in Zossen mit kontinuierlich guter Fraktionsarbeit in der Stadtverordnetenversammlung zu erreichen. Die Basisorganisation DIE LINKE. Zossen ist bereit, diesen Weg gemeinsam mit allen demokratischen Kräften zu beschreiten.

Demokratie lebt vom Streit, aber auch vom respektvollen und offenen Miteinander.

Die geringe Wahlbeteiligung von 50,5 Prozent sehen wir als einen wichtigen Auftrag dafür, mehr Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik zu erwirken, den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen zurückzugeben, sich aktiv am politischen Leben, an Entscheidungen und Diskussionen zu beteiligen und ihren Einfluss geltend machen zu können. Die Zukunft unserer Stadt geht uns alle an, gemeinsam können wir Zossen zu einer lebens- und lebenswerten Stadt gedeihen lassen.

DIE LINKE. Zossen

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 8

Zitiert ...

Unsere äußeren Schicksale interessieren die Menschen, die inneren nur den Freund.

Heinrich von Kleist

DIE LINKE.

EINER VON UNS

Im Gespräch mit Gabi Pluciniczak

Gabi: Peter, wir möchten Dich heute unseren Lesern als eines der neueren Mitglieder bekannt machen. Bitte stelle Dich kurz vor.

Peter: Geboren wurde ich 1956 in Sondershausen. Mein Vater diente als Offizier bei den Grenztruppen der DDR. Meine Mutter arbeitete als Schneiderin. In meiner Kinder- und Jugendzeit sind wir oft umgezogen und schließlich in Plauen im Vogtland sesshaft geworden, wo ich meine Jugendzeit bis zum Abitur verbracht habe. Nach der Schule habe ich als Offizier auf Zeit drei Jahre in der NVA meinen Dienst geleistet.

Von 1978 bis 1983 studierte ich Physik an der Humboldt-Universität in Berlin, promovierte 1985 und arbeitete dort anschließend in Forschung und Lehre.

Nach der Wende wurde mein Arbeitsplatz abgewickelt. Da es einem Großteil meiner Kollegen, speziell in der DDR-Mikroelektronikindustrie, ebenso erging, war an eine Tätigkeit als Physiker, egal in welchen Bereichen der Physik, nicht mehr zu denken. So landete ich schließlich in der Pharma-Industrie, wo ich ein halbes Jahr in München zum Pharmareferenten ausgebildet wurde und danach in Berlin als Arzneimittelvertreter arbeitete. Jedoch war im täglichen Verkaufsgeschäft nichts mehr von den hohen ethischen Ansprüchen zu spüren, welche der Pharmakonzern seinen Mitarbeitern zuvor suggeriert hatte.

So wechselte ich in ein kleines Pharma-Unternehmen, das sich schwerpunktmäßig mit der Krebstherapie befasste. Mit der Übernahme dieser Firma durch einen anderen großen Pharmakonzern standen jedoch anstelle der Patienten nur noch Umsatzzahlen im Mittelpunkt aller



Dr. Peter Gehrman

Aktivitäten, so dass ich mich entschloss, mich selbstständig zu machen.

1999 gründete ich mit Geschäftspartnern im Biotechnologiepark Luckenwalde die Firma HAEMATOpharm GmbH, die leider auf Grund des Verhaltens meiner Geschäftspartner in Übereinkunft mit einigen Vertretern der finanzierenden Banken 2005 in Insolvenz gehen musste.

Nach einer sechsmonatigen Hartz-IV-Phase folgte eine Anstellung in der Metallbranche, zunächst als ungelernter Metallarbeiter und nach einigen Monaten als Einrichter und Bediener von CNC-Drehmaschinen.

Durch einen glücklichen Umstand kann ich seit 2007 in Berlin-Adlershof wieder als Physiker auf dem Gebiet der Massenspektrometrie arbeiten.

Gabi: Seit 2010 bist Du Mitglied der Partei DIE LINKE. Was hat Dich dazu bewogen?

Peter: Für mich steht außer Frage, dass es in dieser Gesellschaft noch mehr Gerechtigkeit geben muss. Auch eine freie Meinungsäußerung und Meinungsbildung außerhalb des

von den Medienkonzernen vorgegebenen Mainstreams sollte möglich sein. Und vor allem müssen die Meinungen auch gehört und einbezogen bzw. umgesetzt werden. Ich bin der Ansicht, dass gesellschaftliche Veränderungen dringend notwendig sind und uns in den kommenden Jahren auch bevorstehen.

Fortschritt im sozialen Sinne ist für mich wichtig und ich denke, dass ich durch mein Engagement in dieser Partei meinen Beitrag dazu leisten kann.

Gabi: Welche Themen beschäftigen Dich am meisten?

Peter: Es sind natürlich sowohl politische Themen als auch Themen des Alltags. Als Wissenschaftler liegt mein Augenmerk z.B. auf dem Thema der zukünftigen Energieversorgung. Sicher gibt es Alternativen zu Kohle und Atomkraft. Ich habe aber zum „überstürzten“ Atomausstieg eine andere Meinung als unsere Bundesregierung. Auch neue Energiequellen werden Risiken in sich bergen, die heute noch nicht abzusehen sind.

Ein anderes Thema sind durch die Konzerne künstlich geschaffene Bedürfnisse und Märkte, die für das Individuum ohne oder nur von scheinbarem Nutzen sind, aber der Industrie Milliardenmärkte schaffen und damit den Finanzhaien hohe Profite sichern. Das geschieht in allen Bereichen unserer Gesellschaft, wobei es z.B. in der Pharma-Industrie besonders verwerflich ist, da regelrecht neue Krankheiten erfunden werden, um Märkte zu schaffen.

Gabi: Wir wissen jetzt, was Dich beschäftigt und womit Du Dein Geld verdienst. Gibt es auch Hobbys oder Aktivitäten, denen Du in Deiner freien Zeit nachgehen kannst?

Fortsetzung auf Seite 3

Das Lied der Zeitungsjungen

Am 07.09.2011 fand in der Kreisgeschäftsstelle in Luckenwalde unsere diesjährige Dankeschön-Veranstaltung für die fleißigen Zeitungsverteiler in Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal statt. Eingefunden hatten sich über 20 GenossInnen und Symphatisanten. Nach der Eröffnung durch Tina Senst erhielt Dieter Werner das Wort. Er hatte sich eine der ersten Ausgaben unserer Kreiszeitung zur Hand genommen und von den Anfängen berichtet.

Anfang 1994 hatte der damalige Kreisvorstand beschlossen, zur Information der Parteimitglieder und Symphatisanten monatlich eine kleine Zeitung herauszugeben. Die erste



Fortsetzung von Seite 2

Peter: Meine Hobbys sind sehr vielfältig. Neben dem weiteren Aus-/Umbau und der Gestaltung meiner Wohnung in Eigeninitiative habe ich sehr viele Interessen.

Ich höre gern Musik (von Klassik bis Metal) beschäftige mich mit Malerei, gehe gern ins Konzert oder Theater und widme mich der ökologischen Gartengestaltung.

Zwischendurch, leider viel zu selten, da sie sich im fernen Bayern befinden, stehen meine zwei Enkelkinder an erster Stelle. Dank meines langen Arbeitsweges per Bahn ist es mir auch möglich viel zu lesen. Sollte noch Freizeit übrig bleiben, interessiere ich mich für Kosmologie, Nanotechnologie und Programmierung.

Gabi: Vielen Dank für das Gespräch. Wir freuen uns auf Dein verstärktes Engagement und wünschen Dir und uns viele Erfolge und neue Ideen. <

Ausgabe erschien am 07. März 1994 unter dem Titel „PDS-Aktuell Teltow-Fläming“. Anliegen der damaligen Redaktionskommission war es, die Mitglieder über die Tagungen der Stadtverordnetenversammlungen, insbesondere über das Auftreten und Wirken unserer Abgeordneten, über politische Frühschoppen, die damals zum politischen Alltag gehörten, über Kreis- und Landesparteitage und über das politische Leben in den Basisorganisationen zu informieren. Die Redaktionskommission wurde vom Genossen Wolfgang Ostermann geleitet. Mitglieder waren Genossin Ingrid Köbke und die Genossen Günter Hamann und Dieter Werner.

Aus heutiger Sicht war die Arbeit, sicherlich auch dem Sammeln von Erfahrungen geschuldet, nicht immer planmäßig und kontinuierlich. Der Einsatz der Redaktionsmitglieder in Basisorganisationen, Parlamenten, zur Führung von Interviews und Gesprächen mit Parteimitgliedern erfolgte oft auf „Zuruf“. Wichtig war, dass monatlich ein Material erarbeitet wurde, dass das Leben der Partei widerspiegelte und für die Leser interessant war. Die ersten Exemplare unserer Zeitung wurden mit einer Auflage von 400 Stück gedruckt. Heute beträgt die Auflage 1.700 Stück.

Ein Problem, das sich damals stellte (heute aber auch), war die Finanzierung von Papier, Druckkosten und sonstigen Aufwänden. Deshalb wurden die Mitglieder und weitere Leser gebeten, je Exemplar einen Beitrag von 0,50 Mark zu leisten. Disziplin führte auch hier zum Erfolg. Schon

in der ersten Ausgabe wurde formuliert: „Die Zeitung finanziert sich ausschließlich durch Spenden“. Es wäre wünschenswert, wenn man heutzutage diese Formulierung wenigstens teilweise umsetzen könnte. Auch bei unserer Dankeschön-Veranstaltung sind kleine Spenden geleistet worden).

Seit der ersten Ausgabe sind nun 17 Jahre vergangen. Noch immer ist unsere Zeitung das Sprachrohr des Kreisvorstandes und der Fraktionen. Das soll auch immer so bleiben.

Dank an alle, die in den Jahren unserer Zeitung Stil und Profil gegeben haben. Nach diesem kleinen Rückblick von Dieter

Werner konnten alle Anwesenden bei einem gemütlichen Kaffeekränzchen Erlebnisse, Erfahrungen, sogar kleine Anekdoten und Ideen für die Zukunft austauschen. Sicher waren auch wieder Gedanken und Geschichten dabei, von denen man sicher trefflich kleine Artikel oder Beiträge schreiben könnte. Alles in allem wieder mal eine gelungene Veranstaltung (unserer Meinung nach)!

Mit dem „Lied der Zeitungsjungen“ von Helmut Schinkel aus dem Jahre 1930, geschrieben aus Anlass des 2. Welttreffens der Arbeiter- und Bauernkinder in Halle (verboten vom Hallenser Magistrat und nach Berlin verlagert), bedankte sich die Redaktionskommission bei den fleißigen Helfern aus Luckenwalde und Nuthe-Urstromtal.

*Dieter Werner, Luckenwalde
Gabi Pluciniczak, Nuthe-Urstromtal*



Aktuelles aus dem Landtag

Vergabegesetz mit Mindestlohn

Die rot-rote Koalition hat eines ihrer zentralen Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt: Das „Brandenburgische Gesetz über Mindestanforderungen für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen“ ist durch den Landtag beschlossen.

Ab dem 1. Januar 2012 werden öffentliche Aufträge nur an Firmen vergeben, die ihren Beschäftigten einen Stundenlohn von mindestens acht Euro zahlen. Das wird die Einkommenssituation z.B. von Beschäftigten im Wach- und Sicherheitsgewerbe und in der Gebäudereinigung – wenn der Auftraggeber die öffentliche Hand ist – wesentlich verbessern. In diesen Branchen sehen die Tarifverträge zur Zeit sieben bzw. 6,53 Euro vor. Lohnzuwächse in diesem Ausmaß konnten selbst die Gewerkschaften in jüngster Zeit nicht durchsetzen. Schon deswegen haben sich die anderthalb Jahre sorgfältiger Vorbereitung und breiter Debatte gelohnt.

Das Gesetz ist ein erster Schritt für das Land Brandenburg, existenzsichernde Löhne durchzusetzen. Und Rot-Rot macht weiter Druck im Bund: Die Koalition wird sich unbeirrt für einen bundesweiten, existenzsichernden Mindestlohn einsetzen.

In einem angenommenen Entschließungsantrag wurde die Landesregierung aufgefordert, schon bis zum II. Quartal 2012 einen Bericht zur Entwicklung der Acht-Euro-Lohnuntergrenze vorzulegen. So soll schnell auf notwendige Erhöhungen reagiert werden können.

Das neue Landesgesetz ist gleichzeitig ein klares Signal, dass gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung zentrale Voraussetzungen sind, um im Wettbewerb der Regionen um Fachkräfte zu bestehen. Das ist notwendig, damit die Tragfähigkeit und Lebensqualität unserer Gesellschaft in der Breite gesichert bleibt. Die Grünen kritisierten die acht Euro als „sozial unzureichend“ – doch in ih-

rem Gesetzentwurf standen lediglich 7,50 Euro, im Bundestag stimmten sie gegen die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

Der Auftragswettbewerb soll nicht mehr nur durch die niedrigsten Lohnkosten bestimmt werden, sondern vor allem über die Qualität der auszuführenden Leistung. Im Bereich des Öffentlichen Personennahverkehrs wird statt der Mindestvergütung eine Tariftreuerregelung getroffen. Diese Beschäftigten müssen nach dem jeweils geltenden Entgelttarifvertrag entlohnt werden. Das ist deshalb erforderlich, da in einer EU-Verordnung in diesem Bereich den Firmen besonders viele wirtschaftliche Freiheiten gegeben sind. Diese können zu Lohndumping führen.

Den Kommunen – vom Volumen her die größten öffentlichen Auftraggeber – wird ein Finanzausgleich für Mehrbelastungen gewährt. Diese ergeben sich aus dem erhöhten Verwaltungsaufwand. Jetzt liegt es an den Kommunen, so schnell wie möglich die Voraussetzungen in ihren Verwaltungen für die Auftragsvergaben zu schaffen. <

Bundesaufgabe: Beteiligung und Nachtflugverbot gesetzlich sichern

Bürger und Gemeinden, die die Belastung eines Flughafens erleiden, müssen auch umfassend und von Anfang an in die Diskussion um den Standort und die Flugrouten einbezogen werden. Längst überfällig ist dafür eine bundesgesetzliche Regelung: Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte sind Grundrechte, die ins Gesetz gehören. Das geht nur, wenn Schwarz-Gelb Gesetze – aber eben die Bundesgesetze – ändert. Auch ein konsequentes Nachtflugverbot wäre auf diesem Weg möglich. Damit wäre ein für allemal klar, dass Großflughäfen in dicht besiedelten Gebieten nur mit konsequentem



Nachtflugverbot möglich sind. Dem Schutzgut Gesundheit wäre gegenüber den wirtschaftlichen Interessen gesetzlich der Vorrang eingeräumt.

Die Grünen haben zu ihrer Regierungszeit im Bund von 1998 bis 2005 das Luftverkehrsgesetz wohlweislich nicht angefasst. Denn das hätte die Standortentscheidung für Sperenberg bedeutet, die die Grünen nie wollten. Heute versuchen sie, in Brandenburg als Gralhüter für ein konsequentes Nachtflugverbot aufzusteigen – in Berlin natürlich weniger: Da wollten sie Frau Künast alle Möglichkeiten offen lassen für den Tag nach der Wahl. DIE LINKE hat sich für eine Willensbildung des Landtages eingesetzt. Die wird es vor dem endgültigen Urteil in Leipzig aber nicht geben. Sie wäre auch folgenlos, weil Brandenburg als nur ein Gesellschafter von mehreren keine Befugnis hat, der Flughafengesellschaft andere Betriebszeiten anzuweisen. Auch ein eigenes Landesgesetz zu beschließen ist Brandenburg verwehrt. Denn das greift verfassungsrechtlich in die Gesetzgebungskompetenzen des Bundes ein. <

Kornelia Wehlan, MdL
Wahlkreisbüro Luckenwalde
Zinnaer Straße 36
14943 Luckenwalde
E-Mail: buerolukwehlan@aol.com
www.konni-wehlan.de

Chinas Wirtschafts- und Finanzpolitik – ein Stabilitätsfaktor für die ganze Welt

von Dr. Ulryk Gruschka

Im März 1999 hielt Bill Clinton vor beiden Häusern des US-Kongresses eine flammende Rede und warb für den Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation WHO.

„Die Welt wird nicht mehr die gleiche sein,“ rief er den Abgeordneten zu. Die Chinesen würden mit dem Beitritt dazu gebracht werden, den Amerikanern ihre Märkte zu öffnen. Mit einem Fünftel der Weltbevölkerung in China würde für die Vereinigten Staaten und die anderen westlichen Volkswirtschaften ein neuer gigantischer Absatzmarkt entstehen.

„Wir werden in der Lage sein, Produkte zu exportieren, ohne jedoch Jobs auszulagern“, zeigte sich Clinton überzeugt. Er sprach von einer Einbahnstraße der USA. Das war es, was die USA und die anderen mächtigen imperialistischen Staaten wollten: eine internationale Arbeitsteilung festschreiben zu können, derzufolge sich China mit der Produktion billiger Waren ohne wirklichen technischen Gehalt hätte abfinden müssen und gleichzeitig auf teure Importe angewiesen wäre.

Bisher hat dieses Vorgehen ja auch bei vielen anderen Entwicklungsländern funktioniert und zu deren gnadenloser Ausbeutung und Abhängigkeit geführt.

So hofften sie, das westliche Technologiemonopol erhalten und verstärken zu können. Auf dieser Ebene sollte China wie die ganze dritte Welt weiterhin von den kapitalistischen Machtzentren abhängig bleiben.

Dank der erhofften Beibehaltung ihres Technologiemonopols wollten die USA und ihre Verbündeten weiterhin die Bedingungen der internationalen Beziehungen diktieren. Darauf aber ließ sich die chinesische Führung nicht ein.

Sie sah darin den Versuch, China

erneut in koloniale Abhängigkeit zu bringen, und bekämpfte konsequent jeden Versuch, der in diese Richtung ging.

Sie hatte erkannt, nicht zuletzt durch das Beispiel vieler Entwicklungsländer in Asien, Afrika und Südamerika, dass dieses neokolonialistische Projekt zu Fall gebracht werden musste. Die politische Realität hatte immer wieder bewiesen: Es gibt keine wirkliche politische Unabhängigkeit ohne ökonomische Unabhängigkeit, schon gar keine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung. Nun rätseln viele kapitalistische Ökonomen, wo denn die Ursachen und Gründe für die erfolgreiche chinesische Entwicklung lägen.

Sie stellen die absurdesten Theorien auf und versuchen, damit die Realität zu verschleiern. Dabei ist es ganz einfach, aber keiner wagt es offen auszusprechen. Es sind die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der VR China. Es ist die bewusste und planmäßige Leitung der gesellschaftlichen Prozesse und der Gesamtentwicklung der Gesellschaft. Sie ist möglich durch das gesellschaftliche Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln.

So erschließt sich auch die Möglichkeit, für einen begrenzten Zeitraum und Umfang kapitalistisches Eigentum an Produktionsmitteln zuzulassen, um noch schneller die Produktivkräfte zu entwickeln. Die Überlegenheit durch bewusste und planmäßige Leitung der gesellschaftlichen Prozesse wird zum Beispiel auch bei der chinesischen Finanzwirtschaft deutlich. Die gesamte Finanzwirtschaft Chinas wird durch den Staat gelenkt. Der gesamte Kapitalfluss bleibt in staatlicher Hand. Mindestens 50 % des Aktienkapitals

der Banken sind in staatlicher Hand. Damit ist die Aufsichts- und Steuerfunktion durch den chinesischen Staat gegeben. Sämtliche Kapitalflüsse werden kontrolliert. Konkret heißt das: Jede einzelne Ware, die nach China ein- oder ausgeführt wird, jede Überweisung aus dem Ausland und jede Dienstleistung wird über die staatliche Zentralbank abgewickelt. Sie diktiert den Wechselkurs und kauft oder verkauft sämtliche Devisen, die in das Land oder außer Landes fließen.

Auf diese Weise wird verhindert, dass etwa zu viel spekulatives Geld nach China fließt und den Markt aufbläht. Hedgefonds aus den USA und Großbritannien können sich in China ebenso wenig austoben wie Währungs- und Devisenspekulanten. Hier liegt einer der Gründe, dass China nicht in den Strudel der Weltfinanzkrise gezogen werden konnte. Gleichzeitig werden damit aber auch Profitmöglichkeiten internationaler Finanzkonzerne drastisch beschnitten.

Deshalb immer wieder die Versuche, diese Situation mit allen Mitteln zu verändern. Nun erdreistet sich China auch noch, den Yuan weiter zu internationalisieren, aber dabei auch unter Kontrolle zu behalten. Die chinesische Regierung hat beschlossen, Abkommen mit Ländern zu treffen, um beiderseitige Geschäfte in Yuan abzuwickeln und nicht wie bisher in Dollar. China strebt an, bis 2015 mit der Hälfte seiner Handelspartner die Geschäfte in Yuan abzuwickeln, vor allem mit den südasiatischen Nachbarn, aber auch mit Argentinien, Russland und anderen. Damit würde der Yuan nach Dollar und Euro die drittstärkste Währung der Welt und ein Stabilitätsfaktor sein, der seinesgleichen sucht. <

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Berlin - Wahl

DIE LINKE Berlin hat sich enttäuscht über ihr Wahlergebnis gezeigt. Mit 11,5 Prozent der Stimmen verzeichnet DIE LINKE leichte Verluste. Berlins Fraktionschef Udo Wolf zufolge habe man die Themen der LINKEN nicht ausreichend vermitteln können. Auch der Bundestrend sei nicht hilfreich gewesen. Wirtschaftsminister und Spitzenkandidat Harald Wolf sagte, dass DIE LINKE in Berlin nach zehn Jahren Regierungsverantwortung nicht verlernt hat, was Opposition ist.

Solidarität, Gleichheit, Würde - das ist unser Programm

Die Rentenministerin von der Leyen musste eingestehen, dass die Renten in den nächsten Jahren dramatisch sinken werden. Altersarmut rückt wieder in die Mitte der Gesellschaft. Immer mehr Rentner müssen Geld dazuverdienen oder Grundsicherung beantragen.

Die Antwort der SPD auf sinkende Renten war die Riester-Rente. Wir wissen, dass die Riester-Rente die Versicherungen und Herrn Riester reich gemacht hat.

Der neoliberale Ansatz der SPD war: Die Gesellschaft ist nicht mehr in der Lage, dir eine gesetzliche Rente zu garantieren; also kümmer dich selber um deine Rente.

Aus einer solidarischen Rentenversicherung sollten Millionen private Rentenversicherungen werden. Und mit jedem Abschluss eines Riester-Vertrages gab es eine fette Provision für die Versicherungsvertreter.

Den Riester-Sparern wurden Traumrenditen versprochen. Doch ist schon längst nachgewiesen, dass eine solidarische Rentenversicherung nicht nur sicher ist, sondern auch eine höhere Rendite abwirft als die Riester-Rente. Wir haben in den USA erlebt, wie die Pensionsfonds krachen gegangen sind. Dort sieht

man zum Teil 90-Jährige in den Supermärkten arbeiten. So stelle ich mir nicht die Zukunft in Deutschland vor.

Nicht der Riester-Rente, sondern der solidarischen Rentenversicherung, in die alle einzahlen, gehört die Zukunft!

Papst - Besuch

Im September kam der Papst nach Deutschland. Wir wünschten uns, dass er nicht hinter folgende Aussage seines Vorgängers Johannes Paul II. zurückfällt. Die westlichen Länder laufen Gefahr, in dem Scheitern des Sozialismus den einseitigen Sieg ihres Wirtschaftssystems zu sehen und sich nicht darum zu kümmern, an diesem System die gebotenen Korrekturen vorzunehmen. Eine entscheidende Korrektur, die wir vornehmen müssen, ist mit der Eigentumsfrage eng verbunden.

Dazu erzählte unsere Parteivorsitzende eine uralte Geschichte: Der Papst lag im Sterben, da trugen die Römer schon das Mobiliar aus dem Palast. Um solche Plünderungen zu verhindern, wurde von Papst Julius II. 1506 die Schweizer Garde beauftragt, das Eigentum des Papstes zu schützen.

Ich frage mich, wer schützt eigentlich unser Eigentum?

Ich meine nicht unser persönliches Eigentum, sondern das Eigentum, das uns allen gehört. In den letzten 20 Jahren wurde fast alles privatisiert, was nicht niet- und nagelfest war. Angeblich würde durch die Privatisierung alles besser, sagten uns CDU, SPD, Grüne und FDP. Wohnungen, Krankenhäuser, Bahnen wurden und werden privatisiert. Doch was alle anderen Parteien „Privatisierung“ nennen, das nennen wir Enteignung. Ich sage: Wir wollen unser Eigentum zurück! Mit unseren Steuern wurden Wohnungen gebaut, die an Heuschrecken verkauft wurden.



DIE LINKE will die weitere Enteignung der Bürgerinnen und Bürger stoppen! Wir wollen gemeinsam darüber entscheiden, wie hoch die Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel sind. Wir wollen gemeinsam darüber entscheiden, wie hoch die Mieten sein dürfen. Dazu müssen wir unser gemeinsames Eigentum sichern. Was die Schweizer Garde für den Papst ist, das muss DIE LINKE für Deutschland und das muss die Europäische LINKE für Europa sein!

Ihr seht, wir können sogar noch eine Menge vom Papst lernen. Wer hätte das gedacht? <

Ich bedanke mich sehr herzlich bei den 2.338 Wählerinnen und Wählern, die mir ihre Stimme gegeben haben.

Ich bin zwar nicht Bürgermeisterin geworden, aber keine Sorge, ich werde als Fraktionsvorsitzende und Mitglied des Hauptausschusses alles tun, um die Stadt Jüterbog weiter voranzubringen.

Es müssen viele Probleme gelöst werden. Dazu leisten ich und meine Fraktion sowie meine Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion weiter ihren unverwechselbaren Beitrag.

Meine Verbindungen als Abgeordnete des Kreistages werden auch weiterhin dazu beitragen, die Zusammenarbeit der Stadt mit dem Landkreis zu intensivieren.

Maritta Böttcher

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südafrika

Am 12. September 2011, waren alle Afrika-Interessierten recht herzlich eingeladen zum Vortrag von Gerd-Rüdiger Stephan über Südafrika. Er berichtete aus seinem reichhaltigen Fundus an Erfahrungen, die er in seiner dreijährigen Arbeit als Büroleiter des Auslandsbüros der RLS in Südafrika gemacht hatte. Er erläuterte den Anwesenden den historischen Hintergrund, den Weg Südafrikas aus der Apartheid und wie das Land zu einer der führenden und wichtigsten Staaten Afrikas und der globalisierten Welt geworden ist. Explizit ging er aber auf die Entwicklung Südafrikas vor und nach der FIFA-Fußball-Weltmeisterschaft ein und stellte mögliche Zukunftsszenarien vor.

Über anderthalb Stunden hinweg thematisierte Gerd-Rüdiger Stephan unter anderem die Defizite des Landes, die zweifellos vorhanden sind, wie z. B. dass ein Großteil der Bevölkerung unter der Armutsgrenze und in sogenannten Townships lebt, besonders die Schwarzafrikaner; dass eine Arbeitslosenquote von 50% besteht, das eine partielle Unterversorgung der Bevölkerung existiert mit lebenswichtigen Gütern wie Wasser, Strom und vor allem medizinischen Mitteln. Weiterhin wiegt schwer, dass ca. 50% der in Afrika lebenden Menschen unter 20 Jahre sind, die noch dazu kaum Perspektiven haben, was sich auf die Kriminalität auswirkt. Hinzu kommt noch eine geringe Lebenserwartung von durchschnittlich 50 Jahren. Dies liegt unter anderem darin begründet, dass ca. zwischen 10% und 15% der in Südafrika lebenden Menschen mit dem HIV-Virus infiziert sind.

Aber es gibt auch Stärken: Südafrika hat in den letzten Jahren wirtschaftlich kräftig zugelegt. Es ist Mitglied der G-20-Staaten und die Galionsfigur Afrikas. Hauptwirtschaftszweige sind der Automobilbau, die chemische Industrie, Metall-

und Textilverarbeitung und vor allem der Bergbau. Denn Südafrika ist reich an Bodenschätzen. Gold, Diamanten, Platin und Uran verkaufen sich inzwischen zu Höchstpreisen auf dem Weltmarkt.

Südafrika hat auch gesellschaftlich viel getan. Viele junge Südafrikaner kennen Apartheid als System nur noch vom Hörensagen. Weiße und schwarze Kinder besuchen dieselben staatlichen Schulen. So haben 82 % der Südafrikaner mindestens die Grundschule besucht und 27 % einen Grund- oder Oberschulabschluss. Der Analphabetismus ist daraus folgend auch stark zurückgegangen und liegt nur noch bei ca. 10%. Ein hoher Anteil der Bevölkerung ist insofern sozial gesichert, indem Altersrente für alle, Kindergeld und Leistungen für soziale Härtefälle gezahlt werden.

Wenn Südafrika sich auf seine Stärken stützt, wird es auch in Zukunft eine wichtige politische und wirtschaftliche Rolle in der Welt spielen und ein positives Beispiel für einen demokratischen Transformationsprozess in Afrika darstellen.

Martin Zeiler, Luckenwalde

Was hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Südafrika zu suchen?

Das mag sich mancher Leser fragen. Auch ich bin erst klüger seit dem Bildungsabend mit Gerd-Rüdiger Stephan zum Thema „Die Regenbogennation in der Krise? Konflikte in Südafrika nach der WM“.

Zunächst erfuhren wir viel Wissenswertes über Land und Leute. Südafrika verfügt über ein Territorium 3,5 mal so groß wie Deutschland. Darauf leben 50 Millionen Einwohner plus ca. zehn Millionen illegale Immigranten. Die Bevölkerung besteht zu 80% aus Schwarzen, ca. 8% Weißen und ca. 8% Farbigen (Mischlingen). Die Schwarzen verständigen sich neben

Englisch in neun verschiedenen Bantusprachen, die Weißen in Englisch und Afrikaans (abgeleitet vom Holländischen). Südafrika wird aber zunehmend auch von Asiaten (Indern, Chinesen, Indonesiern) bewohnt. Es ist also eine bunte Mischung – eine Regenbogennation.

Die bis Ende der 80er Jahre herrschende Apartheid hat das Land geprägt. 1989 wurde Nelson Mandela nach jahrzehntelanger grausamer Kerkerhaft freigelassen. Nach und nach wurden demokratische Strukturen aufgebaut – es herrscht das Präsidialprinzip. 1994, bei den ersten Wahlen in Südafrika, wurde Mandela zum Präsidenten gewählt. Das Amt darf aber jeder nur maximal zehn Jahre ausüben. Ich halte das für eine gute Regelung. So hat Korruption weniger Chancen, sich festzusetzen.

Viele Details zum politischen und wirtschaftlichen Leben in Südafrika vermittelte Gerd-Rüdiger Stephan. Interessant war auch, wie die RLS in Südafrika wirksam werden kann.

Sie setzt Entwicklungshilfe-Gelder gezielt ein. Bei der RLS gilt das Prinzip, dass mit dem Geld Hilfe zur Selbsthilfe gegeben wird, und die Dauerhaftigkeit der Hilfe muss gesichert werden. Jede Stiftung kann 50.000 Euro pro Jahr einsetzen. Die RLS hat also z. B. Unterstützung für den Übergang zur Universität für Menschen ohne Abitur geboten.

Auch Werkstätten werden eingerichtet, die die Berufsausbildung Jugendlicher und das Handwerk fördern, also Arbeit bieten, von der Menschen leben können.

Für uns Teilnehmer war es ein sehr aufschlussreicher Bildungsabend; da Gerd-Rüdiger Stephan selbst 3,5 Jahre die RLS in Johannesburg geleitet hatte, konnte er sein Wissen lebensnah vermitteln.

*Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal*

Gesamtmitgliederversammlung Luckenwalde

Ein Schwerpunkt der Gesamtmitgliederversammlung der Luckenwalder LINKEN war die Wahl der Delegierten für die 1. Tagung des 3. Kreisparteitages der LINKEN Teltow-Fläming, der zugleich auch Wahlparteitag ist.

An der Spitze der gewählten siebenköpfigen Delegiertengruppe steht unsere Kreisvorsitzende Kornelia Wehlan.

Zu Beginn der Versammlung gab Hartmut

Ukrow einen Bericht des Stadtvorstandes. Regelmäßig trifft sich der Vorstand zur Absprache der Aktivitäten im Stadtverband. Großen Anklang fanden z.B. in diesem Jahr der Grillnachmittag und die Fahrt zur Fläming-Skate.

Besonderes Augenmerk wird auf die Betreuung der Mitglieder gelegt, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr aktiv am Parteileben teilnehmen können.

Auf die aktuell politische Lage eingehend, verwies Hartmut Ukrow auf die Bedeutung der anstehenden Landtagswahlen in M-V und Berlin sowie der Bürgermeisterwahlen in unserem Landkreis. Ferner ist am 11. Oktober in der Zeit von 9.00 bis 11.00 Uhr ein Infostand mit kommunalen

Abgeordneten auf dem Marktplatz geplant.

Jürgen Akuloff informierte als Vertreter der Kreistags- und Stadtfraktion über aktuelle Fragen in der Kommunalpolitik. Die Kreistagsfraktion der LINKEN legt in Anbetracht der Schuldendebatte im Landkreis ihr besonderes

Augenmerk darauf, dass bei allen Maßnahmen sozial ausgewogen agiert

wird. In der Luckenwalder Stadtpolitik geht es aktuell um den Bebauungsplan Zapfholzweg II und die dort geplante Biogasanlage, die von vielen Luckenwalder BürgerInnen und auch von unserer Fraktion abgelehnt wird. Auch der Boulevard wird mehr in den Fokus des politischen Handelns rücken.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand die Öffentlichkeitsarbeit an den Beispielen des weiteren Zuspruchs am „LinksBlick“, der Gestaltung der Bildungsabende oder der Nutzung der neuen Medien. Bei Letzterem sind wir auf der Höhe der Zeit, bei der Ausrichtung von Infoständen haben wir noch Nachholbedarf, was sich in Zukunft ändern wird.

Manfred Thier, Luckenwalde



Mitglieder des Luckenwalder Stadtverbandes

Verkehrte Welt

Bankster* verzoeken sehr viel Geld, so dass es uns zum Wohlstand fehlt.

Die Politik setzt einen drauf und spannt noch Rettungsschirme auf.

Rettungsschirme in unglaublicher Größe, zeigen des Kapitalismus wahre Blöße.

Einige kriegen nie genug, die andern zahlen den Betrug.

Die Bankster zeigen auf die alte Frau, vom Himmel logen sie das Blau, so könnt' sie mehr Prozente kriegen, jedoch es waren alles Lügen.

Jetzt sagen sie, das ist der Dieb, schlüpfen selbst heimlich durch das Sieb, stellen sich als Saubermänner dar, wollen Hilfe vom Steuerzahler gar.

So kann es nicht mehr weitergehen, wer gierig ist, soll gradestehen für Schaden, den er angerichtet, indem er Volkswohlstand vernichtet.

Wer durch Betrug bekam Millionen, den darf die Politik nicht schonen. Wer das als Volksvertreter nicht beacht', dem zeigen Europas Völker Macht.

**(Banker-Gangster)*

Rainer Weigt

Auflösung BilderRätsel



Zu sehen ist hier ein Ausschnitt aus einem Wandfries am Eingang der ehemaligen Nachrichteneinheit der NVA in der Neckarstraße in Ludwigsfelde.

Das Wandbild stellt die Geschichte der Nachrichtentechnik dar. <



Wer sich nicht wehrt, lebt verkehrt?

Ein sinnvolles Praktikum

Seit geraumer Zeit hege ich den Wunsch, Politikwissenschaften und Geschichte zu studieren.

Und es war für mich selbstverständlich, dass ich vor Beginn meines Studiums noch ein Praktikum in einer politischen Einrichtung absolviere. Letzten Endes fand ich den Weg zur Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung: Gesellschaftliche Analyse und politische Bildung e.V. wurde 1990 gegründet, steht der Partei DIE LINKE nahe und ist auch von ihr als parteinahe Stiftung anerkannt. Aufgabe der RLS ist die organisierte politische Bildung und eine gesellschaftliche Analyse der gegenwärtigen Welt.

Weiterhin übt sie Kritik am Kapitalismus und baut auf den demokratischen Sozialismus.

Seit meinem ersten Tag in der Stiftung wurde ich recht herzlich in den Kreis der Stiftung aufgenommen und auch wenn einem nicht jedermann persönlich vorgestellt wurde, war es ein freundliches und respektvolles Miteinander. Zusammen mit einer Kollegin aus der Landesstiftung der RLS in Sachsen, Stefanie Götze, die für zwei Tage nach Berlin gekommen war, um die Zentrale der Stiftung näher kennenzulernen, durchliefen wir dann die jeweiligen Bereiche der Stiftung und bekamen Informationen darüber.

Ich war dem Ressort „Bundesweite Arbeit“ unterstellt, unter der Leitung von Gerd-Rüdiger Stephan und dessen Stellvertreter Dr. Lutz Kirschner. Während sich Gerd-Rüdiger Stephan zu 100% seinem Bereich widmet, arbeitet Dr. Lutz Kirschner noch zu 25% im Bereich der Projektförderung, zusammen mit Bert Thinius. Zwischenzeitlich war ich auch in der Geschäftsstelle der RLS Brandenburg in Potsdam tätig. Die Zusammenarbeit

mit Dr. Detlef Nakath und Veronika Blank bereitete mir auch dort viel Freude.

Mein Aufgabenbereich war breit gefächert. Das ich nicht mit den verantwortungsvollsten Aufgaben bespickt wurde, versteht sich von selbst. Trotzdem sah ich mich als kleines Zahnrad, umgeben von vielen großen Zahnrädern in einem noch viel größeren Uhrwerk.

Besonderes Interesse habe ich jedoch für die Außen- und Sicherheitspolitik in Deutschland. Und so bekam ich die Aufgabe, ein Manuskript über die Auslandseinsätze der Bundeswehr in den letzten 20 Jahren zu lesen und bei Bedarf zu korrigieren.

Summa summarum kann ich sagen, dass ich die Zeit hier in der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin sehr genossen habe, und ich hoffe inständig, dass sich der Kontakt mit den kennengelernten Personen hält, auch nach Beginn meines Politik- und Geschichtsstudiums. Ich bedanke mich auch noch mal bei Gerd-Rüdiger-Stephan und Dr. Lutz Kirschner, dass sie mir die Chance ermöglicht haben, ein paar Wochen bei ihnen zu arbeiten und dadurch die Stiftung näher kennenzulernen. Weiterhin verschafften sie mir einen kleinen Einblick in die Art und Weise, wie politisch gearbeitet wird, was keine unerhebliche Rolle spielt, da auch ich früher oder später das Ziel habe, in der politischen Welt Deutschlands tätig zu werden.

Ich freue mich auf ein Wiedersehen und vielleicht werde ich zukünftig noch mal die Möglichkeit erhalten, zusammenzuarbeiten, sei es in Form eines Praktikums oder eines anderen Arbeitsverhältnisses. Ich bin jedenfalls nicht abgeneigt.

*Martin Zeiler,
Luckenwalde*

Großdemo in Polen

Außer Streitereien ist bei der Tagung der europäischen Finanzminister und des US-amerikanischen Gastes am 16.-17.09. 2011 in Wroclaw/Breslau nichts Wegweisendes herausgekommen.

Dagegen kann die vom europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) mit den polnischen Mitgliedsverbänden Solidarnosc und OPZZ organisierte Demo in Wroclaw am 17.09. als großer Erfolg gewertet werden.

Über 50.000 GewerkschafterInnen protestierten für europäische Solidarität und Arbeitnehmerrechte. Unterstützt wurden sie dabei von Teilnehmern aus den baltischen Staaten, Italien, Ungarn, Spanien und Deutschland. Aus Sachsen sind sechs Busse gemeldet worden, nur im Land Brandenburg gelang es nicht einmal einen Bus zu besetzen.

Die Krisenverursacher und ihre Nutznießer sollen die Lasten tragen und das soll durch die Politik wirksam reguliert werden. Es ist höchste Zeit für einen Richtungswechsel, damit sich die Reichtumsschere nicht ständig weiter öffnet.

Selbst etliche Millionäre sind zur Krisenbewältigung zeitweilig bereit, extra Steuern zu zahlen, doch europäische Politiker setzen weiterhin auf harte soziale Einschnitte. Eine Volksweisheit besagt: „Hat der kleine Mann kein Geld in der Tasche, kann sein Wirt nicht leben“. Das gilt übertragen für den gesamten Mittelstand und damit für den viel gepriesenen Wirtschaftsmotor in ganz Europa. Sparen ist gut und wichtig, aber mit Augenmaß und nicht einseitig zu Lasten niedriger Einkommen. Im Zeichen der Globalisierung ist europäische Solidarisierung wichtig, diese muss aber die Menschen in den Vordergrund stellen.

Wir sollten uns überlegen, was wir von den polnischen GewerkschafterInnen lernen können, um weiteren sozialen Abstieg zu verhindern.

*Rainer Weigt,
Klein Schulzendorf*

Markov stellt Landeshaushalt 2012 im Landtag vor

Bei der Vorstellung des Haushaltsentwurfes für das kommende Jahr betonte Finanzminister Markov in seiner Rede vor dem Landtag, dass die weltweiten Unsicherheiten berücksichtigt werden müssen. „Alle Schätzungen zur Entwicklung der Steuereinnahmen stehen unter dem Vorbehalt, dass die konjunkturelle Entwicklung sich fortsetzt. Wer die Abendnachrichten verfolgt weiß, dass dies aber nicht der Fall sein muss“, sagte Markov. Er wies daher sowohl Forderungen nach höheren Ausgaben als auch solche nach einer noch geringeren Neuverschuldung zurück.

Er unterstrich, dass sich das Land bei dem selbst gesteckten Ziel, die Nettokreditaufnahme schrittweise zu reduzieren und ab 2014 gänzlich auf neue Schulden zu verzichten, auf einem guten Weg befinde. Im Jahr 2012 liege die maximale Neuverschuldung bei 270 Millionen Euro nach einer Kreditermächtigung von 440 Millionen Euro in diesem Jahr.

„Ein Markenzeichen des neuen Haushaltes 2012 ist seine Ausgeglichenheit“, betonte Markov. Der Landeshaushalt 2012 setze zum einen den Weg der Konsolidierung des Haushaltes fort, fördere zum anderen aber die wirtschaftliche Entwicklung ebenso wie den ökologischen Umbau in Brandenburg und wahre die soziale Balance. „Der Haushalt 2012 zeigt, dass solide Finanzen und die Schwerpunktsetzung auf Bildung und Soziales keine Gegensätze, sondern beides Prioritäten der rot-roten Landesregierung sind“, betonte der Finanzminister. So erhalten wir die Schüler-Lehrer-Relation im Land und stellen daher bis zum Jahr 2015 2.000 neue Lehrerinnen und Lehrer ein.“

Der Finanzminister hob angesichts der geäußerten Kritik auch hervor, dass es in absoluten Zahlen sogar ein Plus bei den Bildungsausgaben gibt

und dies auch für die freien Schulen gelte. „In diesem Schuljahr gibt es bei den freien Schulen noch gar keine Kürzungen, sondern erstmals zum Schuljahr 2012/2013.“ Die freien Träger sollen dann insgesamt 4,8 Millionen Euro weniger bekommen, als sie nach der alten gesetzlichen Regelung erhalten hätten. Trotzdem steigt die absolute Zahl der Zuweisungen dann von rund 122 auf knapp 129 Millionen Euro im kommenden Jahr, weil auch die Schülerzahl weiter wächst. „Selbst nach der stufenweisen Absenkung über drei Jahre bis zum Schuljahr 2014/2015 sind die staatlichen Zuschüsse für freie Schulen in Brandenburg immer noch besser als in vielen anderen Bundesländern“, betonte der Finanzminister.

Hintergrund:

Der Landeshaushalt 2012 umfasst mit einem Zuwachs von 8,9 Millionen Euro oder knapp 0,1 Prozent im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr 2011 ein Gesamtvolumen von rund 10,1 Milliarden Euro. Gekennzeichnet ist der Haushalt 2012 insbesondere von verschiedenen unvermeidbaren Mehrausgaben, die es galt aufzufangen. Dazu gehören erstens die Auswirkungen des Tarifabschlusses vom März 2011 und dessen Übernahme für die Beamten, welche die für 2012 getroffene Vorsorge um 54 Millionen Euro übersteigen werden. Um weitere 70 Millionen Euro steigen zweitens die Zuweisungen an die Kommunen aufgrund der Steuermehreinnahmen in den Jahren 2010 bis 2012 gegenüber der bisherigen Planung für das Jahr 2012. Drittens muss das Land in seiner Rolle als Grundstückseigentümer Altanschlusserbeiträge an die Abwasserzweckverbände entrichten. Hier sind für 2012 35 Millionen Euro eingeplant. Allein diese drei Positionen summieren sich auf 160 Millionen Euro.

Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg

Eurobonds

Interview mit H. Markov

LinksBlick: Zur Rettung des Euros diskutiert man derzeit auf europäischer Ebene die Einführung von europäischen Staatsanleihen, sogenannten Eurobonds. DIE LINKE unterstützt das. Warum?

Helmuth Markov: Angesichts der eingetretenen Krise von Euroländern sind Eurobonds notwendig, wenn sie auch kein Allheilmittel sind. Derzeit haben wir die Situation, dass die betroffenen Länder sich immer weiter fest im Griff von Spekulanten befinden.

Eurobonds können helfen, dass die betroffenen Länder sich wieder aus der Macht der Spekulanten lösen, zu fairen Konditionen Geld leihen und langfristig ihre Schulden senken können.

LinksBlick: Bringt das nicht Nachteile für Deutschland?

Helmuth Markov: Natürlich steigen mit Eurobonds für einen Teil der Euroländer – so auch Deutschland – die Zinssätze. Aber unterm Strich sind Eurobonds kein Akt der Selbstlosigkeit, sondern liegen im langfristigen Interesse der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zwischen Rhein und Oder. Denn immer neue Sparpakete führen zu Sozialabbau und wirtschaftlichem Niedergang in den hoch verschuldeten Ländern, die für die Steuerzahlerinnen und -zahler im Exportland Deutschland viel teurer werden können.

Eurobonds sind daher sowohl im Sinne der wirtschaftlichen Vernunft als auch der europäischen Solidarität richtig. Sie dürfen aber nicht als Allheilmittel missverstanden werden.

LinksBlick: Was fordern Sie noch?

Helmuth Markov: Wichtiger ist, dass die Finanzmärkte reguliert werden. Dazu gehört die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. Wir brauchen außerdem klarere und striktere Spielregeln für den Finanzsektor.

Neue Finanzprodukte bedürfen einer Zulassung durch einen Finanz-TÜV und die Zulassung von Hedgefonds muss zurückgenommen werden. Zudem müssen die Verursacher der Krise in Form einer neuen Bankenabgabe mit zur Kasse gebeten werden. <

Altwerden

Ab einem bestimmten Alter beginnen wir Menschen über das „Altwerden“ nachzudenken. Das setzt bei dem einen früher, beim anderen später ein. Ein Sprichwort behauptet: „Altwerden wollen alle, aber nicht altsein.“

Dieser Frage hat sich der den meisten bekannte Joachim Fuchsberger („Blacky“) gestellt. Als sein Buch 2010 auf dem Markt erschien, war sein Verfasser im 83. Lebensjahr – er wusste also, worüber er schrieb.

Mit Lockerheit und Leichtigkeit nimmt er seine Alterserscheinungen unter die Lupe. Jüngere haben oft Angst vor Gesprächen mit Älteren, weil Letztere sich nur noch um ihre „Wehwehchen“ kümmern, das sei das Hauptthema. Kein Wunder – ein 70-/80-jähriger Körper signalisiert seinen Zustand anders als ein 30-jähriger. Aber typisch Fuchsberger titelt er sein Buch „Altwerden ist nichts für Feiglinge“. Mit viel Augenzwinkern gibt er uns Lesern Einblicke in sein Leben im Alter. Wichtig ist ihm, diese Jahre in Würde zu verbringen. „Diese Würde ist kein materieller Wert, hat nichts zu tun mit Arm und Reich. Sie sollte die Summe dessen sein, was dir im Leben beschieden war und was du daraus gemacht hast.“

Und so lese ich immer wieder Passagen, die mir als Situation nie begegnet sind, die aber völlig andere Begebenheiten in meinem Leben als Parallele haben. Also ein Buch mit viel Hintersinn und zum Nachdenken über sich selbst.

Das Leben im Alter hält für die Eltern-Generation manche Überraschung bereit, die eine Herausfor-

Herzliche Glückwünsche senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

*Ehrenfried Schenk in Jüterbog zum 73. Geburtstag am 14.10.
Christina Hintze in Luckenwalde zum 92. Geburtstag am 16.10.
Amalie Matthias in Luckenwalde zum 83. Geburtstag am 17.10.
Elisabeth Barsch in Ludwigsfelde zum 77. Geburtstag am 19.10.
Inge Hoberg in Werder zum 78. Geburtstag am 28.10.
Bernhard Jank in Luckenwalde zum 86. Geburtstag am 28.10.
Sonja Steinert in Nächst Neuendorf zum 77. Geburtstag am 28.10.
Hans-Dieter Schmidt in Dahme zum 71. Geburtstag am 28.10
Erich Lehmann in Luckenwalde zum 97. Geburtstag am 31.10.
Hildegard Polzer in Ludwigsfelde zum 77. Geburtstag am 06.11.
Friedel Bettac in Am Mellensee zum 76. Geburtstag am 10.11.*

**Irma Hilka in Blankenfelde zum 85. Geburtstag am 12.10.
Ruth Langethal in Ludwigsfelde zum 80. Geburtstag am 13.10.
Kai-Uwe Ritter-Bräuer in Am Mellensee zum 50. Geburtstag am 17.10
Bernd Dieske in Niedergörsdorf zum 60. Geburtstag am 25.10
Helga Hundertmark in Luckenwalde zum 80. Geburtstag am 05.11.**

derung für die ganze Familie werden kann. Arno Geiger widmet sein Buch „Der alte König in seinem Exil“ seinem an Demenz erkrankten Vater. Mit Liebe, ohne Beschönigung der komplizierten Lebensumstände, beschreibt er seine Begegnungen

des Buch.

Wenn jüngere Leser unseres „LinksBlick“ sich jetzt fragen, warum sie vielleicht zu diesen Büchern greifen sollen, dann kann ich nur antworten:

Wir leben in einer Mehr-Generationen-Gesellschaft. Vom Miteinander kann viel menschliche Würde ausgehen. Außerdem sollte jeder daran denken: Altwerden ist nichts für Feiglinge.

*Ingrid Köbke,
Nuthe-Urstromtal*



mit dem Vater, gibt Auszüge beider Gespräche wieder. Und immer wird deutlich, wie liebe- und würdevoll beide miteinander umgehen. Ein anrührendes, nachdenklich stimmendes

*Joachim Fuchsberger:
„Altwerden ist nichts für Feiglinge“, Gütersloher Verlagshaus,
ISBN-13: 978-3579067605*

*Arno Geiger: „Der alte König in seinem Exil“, Carl Hanser Verlag,
ISBN-13: 978-3446236349*

Termine

06.10.11 18.00 Uhr
LinksTreff
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

11.10.11 9.30 Uhr
Infostand
Marktplatz Luckenwalde

12.10.11 14.00 Uhr
Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

17.10.11 19.00 Uhr
Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

03.11.11 18.30 Uhr
Regionalkonferenz
(Teltow-Fläming, Potsdam-
Mittelmark, Havelland,
Brandenburg an der Havel,
Potsdam)
Biotechnologiepark
Luckenwalde

Bildungsabend

**Gesprächsrunde mit
Thomas Domres,
MdL**

„Erneuerbare Energien -
Umsetzung und
Konsequenzen
in den Regionen“

am Donnerstag,
dem 13. Oktober 2011
um 18.30 Uhr in der
Geschäftsstelle DIE LINKE.
Ludwigsfelde
in der
Albert-Tanneur-Straße 17
in Ludwigsfelde

**Auf Einladung der
Bundestagsabgeordneten,
Diana Golze, besteht die
Möglichkeit, am 28.10.2011
an einer Fahrt in den
Deutschen Bundestag
teilzunehmen.**

Anmeldungen nimmt die
Kreisgeschäftsstelle DIE LIN-
KE, Teltow-Fläming in der
Zinnaer Straße 36
in Luckenwalde entgegen.

Telefon:
03371-632267



Danke, Marianne Richter

Du verlässt aus persönlichen
Gründen ab Oktober 2011
unsere Redaktion.



Marianne mit Ihrem Mann
Helmut und Sohn Dani

In den letzten Jahren warst Du
uns ein ideenreiches Mitglied,
das verlässlich vor allem die
Berichterstattung über LINKE
Aktivitäten in Luckenwalde im
LinksBlick gesichert hat.

Dafür sagen wir herzlich
DANKE.

Wir wünschen Dir
beste Gesundheit,
viel Kraft und Tatendrang
für die vielen Aufgaben,
die Dich außerhalb der
Redaktionsarbeit
in Anspruch nehmen.

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36,
14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/432691, Fax: 443033,
14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653, Fax: 03378/510654
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 14. September 2011, der nächsten Ausgabe: 12. Oktober 2011

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers
übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de



DIE LINKE.
Kreisverband Teltow Fläming